

Wirtschaftschronik

1984

1. Jänner: Mit Jahresbeginn 1984 tritt die Zinsertragsteuer in Kraft (Näheres siehe "Wirtschaftschronik", WIFO-Monatsberichte 12/1983).

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1984 werden die Mehrwertsteuersätze von 8% auf 10%, von 13% auf 20%, von 18% auf 20% und von 30% auf 32% erhöht.

1. Februar: Die von der Bundesregierung gemeinsam mit der Österreichischen Investitionskredit AG und den Hausbanken ins Leben gerufene "Top-2"-Kreditaktion läuft an. Sie ist zur Förderung immaterieller Investitionen gedacht, für die der Bund einen 3prozentigen Zinszuschuß leisten wird. Damit ergänzt sie die schon bisher laufende Top-Kreditaktion ("Top 1"), mit der struktur- und leistungsbilanzverbessernde Bau- und Ausrüstungsinvestitionen unterstützt werden.

5 bis 7. März: Die erste Anleihe des laufenden Jahres wird vom Bund zu einem Nominalzinssatz von 8% aufgelegt. Sie ist nach 8 Jahren endfällig und weist eine Emissionsrendite von 8,31% auf. Die Konditionen dieser Anleihe erregten wegen der vorausgegangenen Einführung einer Zinsertragsteuer besondere Aufmerksamkeit.

7. März: Der Nationalrat beschließt eine Novelle zum Investitionsprämiengesetz. Sie sieht für Ausrüstungsinvestitionen in bestimmten Gebieten eine Prämie von 40% der Anschaffungs- und Herstellungskosten vor. Diese Prämie kann nur für körperliche, ungebrauchte Wirtschaftsgüter, die in neuen Betriebsstätten investiert werden, beansprucht werden.

8. März: Die Kollektivvertragslöhne der Arbeiter in der Textilindustrie werden am 1. April um 4,4%, die Ist-Löhne um 3,9% angehoben.

14. März: Als Reaktion auf die Einführung der Zinsertragsteuer mit Jahresbeginn 1984 war es Ende 1983 sowie im Jänner und Februar 1984 über den Kapitalverkehr zu Devisenabflüssen gekommen. Um diese Abflüsse einzudämmen und gleichzeitig dem Inflationsschub entgegenzuwirken, der durch die ebenfalls Anfang 1984 erhöhte Mehrwertsteuer ausgelöst wurde, setzte die Nationalbank den Diskontsatz von 3,75% auf 4,25% und den Lombardsatz von 4,75% auf 5,5% hinauf.